

 HEINRICH BÖLL STIFTUNG
DEMOKRATIE

E-PAPER

Landtagswahl Nordrhein- Westfalen

Ergebnisse und Analysen

DR. SEBASTIAN BUKOW

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, Mai 2017

Inhalt

Inhalt	2
1 Zusammenfassung	3
2 Amtliches Wahlergebnis	4
2.1 Wahlrecht & Wahlsystem	4
2.2 Stimm- und Sitzverteilung (Amtliches Endergebnis)	4
2.3 Parlamentarische Mehrheiten & Koalitionsperspektiven.....	6
3 Wahlverhalten.....	7
3.1 Wahlmotive und wahlentscheidende Themen	7
3.2 Zeitpunkt der Wahlentscheidung.....	9
3.3 Stimmensplitting	10
3.4 Wählerwanderung	11
3.5 Bevölkerungsgruppen im Vergleich	12
4 Anhang: Wählerwanderung	13

Die Schnellanalyse basiert, soweit nicht anders angegeben, auf der Wahltagsbefragung bzw. Wahlanalyse Nordrhein-Westfalen 2017 von ARD/infratest dimap, auf Vorwahlanalysen von infratest dimap (LänderTrend) sowie Daten des Landeswahlleiters.

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Kontakt: Abteilung Politische Bildung Inland / Arbeitseinheit Grüne Akademie
Referent Politik- und Parteienforschung, Dr. Sebastian Bukow
E bukow@boell.de, T +49 (0)30 28534 258

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: Mai 2017

1 Zusammenfassung

- Nach sieben Jahren in der Landesregierung erreichen **Bündnis 90/Die Grünen** 6,4 Prozent der Zweitstimmen. Sie liegen damit etwa auf dem Niveau von 2005 (6,2 Prozent). Im Vergleich zur Wahl 2012 verlieren die Grünen deutlich (-5,0 Prozentpunkte). Verluste in der Wählerwanderungsbilanz gehen gleichermaßen an CDU/FDP und SPD sowie in geringerem Umfang an die Linke. Die Zahl der Parlamentssitze reduziert sich auf 14 (-15 Sitze).
- **Ausschlaggebend für die Verluste** der Grünen wie auch der SPD sind vorrangig landespolitische Gründe. Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung war gering. Insbesondere in den im Wahlkampf zentralen Feldern Verkehrspolitik, Schul- und Bildungspolitik, Bekämpfung von Kinderarmut und Bekämpfung von Alltagskriminalität konnte die rot-grüne Landesregierung die Wähler/innen nicht von ihrer Regierungsbilanz überzeugen. Es ist CDU und FDP im Wahlkampf gelungen, die allgemeine Regierungsunzufriedenheit mit diesen zentralen landespolitischen Themen zu verknüpfen und so einen Wechsel zu erreichen.
- Die **Wahlentscheidung** der Grünen-Wähler/innen fiel überdurchschnittlich spät. 18 Prozent legten sich erst am Wahltag, 24 Prozent in den letzten Tagen vor der Wahl fest. Die Grünen-Wähler/innen nutzen häufig die Möglichkeit des **Stimmensplittings**. 35 Prozent der Grünen-Zweitstimmenwähler/innen haben mit ihrer Erststimme für den SPD-Wahlkreisvorschlag gestimmt. 51 Prozent der Grünen-Wähler/innen stimmten jedoch mit beiden Stimmen „grün“. **Sachthemen** sind für 61 Prozent der Grünen-Wähler/innen der maßgebliche Grund, die Grünen zu wählen. Wahlentscheidend ist die Umwelt- und Energiepolitik, gefolgt von Fragen der sozialen Gerechtigkeit sowie an dritter Stelle Schul- und Bildungspolitik.
- Mit ihrem Spitzenkandidaten Armin Laschet gewinnt die **CDU** deutlich (+6,6 Prozentpunkte) und erreicht 33,0 Prozent. Sie ist damit klar stärkste Kraft, zugleich ist dies jedoch das zweitschlechteste Ergebnis der CDU-Landesgeschichte. Damit vereinen wie bereits 2012 die beiden Großparteien weniger als 2/3 der gültigen Stimmen.
- Die **SPD** erzielt das schlechteste Ergebnis ihrer Landesgeschichte (31,2 Prozent/-7,9 Prozentpunkte). Maßgeblich für diesen hohen Verlust sind wie bei den Grünen vor allem landespolitische Gründe und die Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit.
- Die **FDP** mit ihrem Spitzenkandidaten Christian Lindner erzielt das beste Ergebnis ihrer Landesgeschichte (12,6 Prozent / +4,0 Prozentpunkte) und ist nun die dritte Kraft im Landtag. Die nordrhein-westfälische FDP ist damit mit ihrem dem Bundes- und Landesvorsitzenden Lindner der parlamentarisch stärkste Landesverband der FDP.
- Die **AfD** ist künftig ebenfalls im Parlament vertreten (7,4/+7,4). Die **Linke** scheitert mit 4,9 Prozent knapp an der Sperrklausel. Die **Piraten** sind nicht mehr im Landtag vertreten.
- **Absolute Zugewinne** (Zweitstimmen) verzeichnen insbesondere CDU (+746.763) und die erstmalig ange-tretene AfD (+624.552), aber auch die FDP (+395.127). **Verluste** verzeichnen neben den Piraten (-528.237) die bisherigen Regierungsparteien SPD (-400.470) und Grüne (-345.239).
- Im **Parlament** sind wie bisher fünf Parteien vertreten: CDU (72 / +5), SPD (69 / -30), Grüne (14 / -15), FDP (28 / +6), AfD (16 / +16). Mit 199 Abgeordneten ist das Parlament deutlich kleiner als zuvor (-38). Die CDU gewinnt 72 der 128 Wahlkreismandate (+43), die SPD 56 (-43).
- Die **Wahlbeteiligung** ist auf 65,2 Prozent gestiegen und liegt damit über dem Durchschnitt der Bundesländer. Die CDU profitiert am stärksten von der Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler/innen.
- **Koalitionsoptionen:** Die rot-grüne Landesregierung verliert gemeinsam fast 13 Prozentpunkte und ist im Ergebnis mit 83 von 199 Sitzen weit von einer parlamentarischen Mehrheit entfernt. Jenseits einer – nach der Wahl von der SPD jedoch abgelehnten – großen Koalition aus CDU und SPD (141 Sitze) ist eine Koalition aus CDU und FDP (100 Sitze) möglich.

2 Amtliches Wahlergebnis

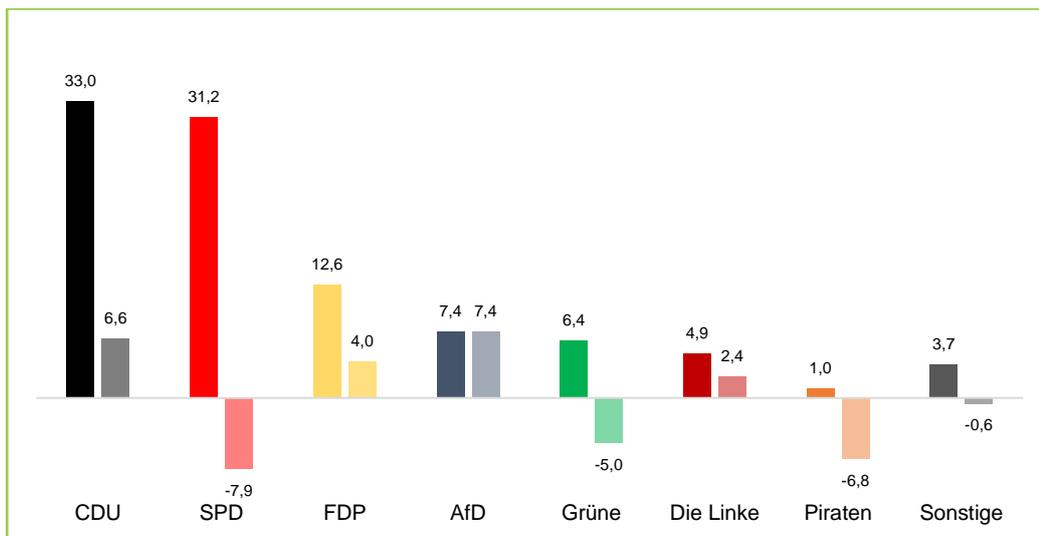
2.1 Wahlrecht & Wahlsystem

Der nordrhein-westfälische Landtag besteht aus mindestens 181 Abgeordneten. 128 Mandate werden in Einerwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl, die restlichen Mandate über geschlossene Listen vergeben. Die Wahlperiode beträgt fünf Jahre. Wahlberechtigt sind im Grundsatz alle in Nordrhein-Westfalen wohnhaften deutschen Staatsangehörigen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben (passives Wahlrecht ebenfalls ab 18 Jahren). Wie bei der Bundestagswahl hat jede wahlberechtigte Person zwei Stimmen (Personalisierte Verhältniswahl). Stimmensplitting ist damit möglich, wenngleich nur die Zweitstimme für die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse maßgeblich ist. Die Verteilung der Sitze wird mit dem Divisorverfahren mit Standardrundung nach Sainte-Lague/Schepers berechnet. Gewinnt eine Partei mehr Wahlkreismandate als ihr nach dem Verhältnisausgleich zusteht, erhalten die übrigen Parteien Ausgleichsmandate, bis die tatsächliche Zusammensetzung des Landtages dem Zweitstimmenergebnis nahezu entspricht. Die Gesamtzahl der Sitze muss ungerade sein. Es gilt eine allgemeine Sperrklausel von 5 Prozent.

2.2 Stimm- und Sitzverteilung (Amtliches Endergebnis)

Die Wahlbeteiligung in NRW steigt um 5,6 Prozentpunkte auf 65,2 Prozent. Dies ist der höchste Wert seit 1990 und über dem aktuellen Durchschnitt der Bundesländer (höchste Beteiligung zuletzt Baden-Württemberg & Rheinland-Pfalz, jeweils 70,4 Prozent; niedrigste Beteiligung Brandenburg, 47,9 Prozent). Damit setzt sich der Trend der letzten Wahlen zur größeren Wählermobilisierung fort, wobei wie in Schleswig-Holstein die CDU am stärksten von der Mobilisierung vormaliger Nichtwähler profitiert.

Wahlergebnis Nordrhein-Westfalen 2017 (Vorläufiges Endergebnis)



Zeitstimmenanteile in Prozent sowie Gewinne/Verluste in Prozentpunkten; Quelle: Landeswahlleiter NRW.

Betrachtet man die relativen Ergebnisse sowie die Gewinne und Verluste der Parteien, so zeigen sich bei allen Parteien starke Veränderungen. Die Machtverhältnisse in NRW haben sich deutlich verschoben. Die CDU erreicht mit ihrem Spitzenkandidaten Armin Laschet 33,0 Prozent der Zweitstimmen. Dies ist einerseits das zweitniedrigste Ergebnis in der Landesparteiengeschichte, andererseits wird die CDU damit stärkste Kraft. Dieser Erfolg wird umso deutlicher, wenn man das Ergebnis der bislang regierenden SPD betrachtet: Die SPD verliert 7,9 Prozentpunkte und rutscht auf 31,2 Prozent ab – das historisch schlechteste Ergebnis der NRW-SPD.¹ Noch am Wahlabend trat die SPD-Spitzenkandidatin und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft von ihren Parteiämtern (Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende) zurück.

¹ NRW gilt als sozialdemokratisches Stammland, was einer genaueren Prüfung nur bedingt stimmt. Zwar stellt die SPD seit 1966 durchgehend (mit Ausnahme 2005-2010) den bzw. die Ministerpräsident/in, im gleichen Zeitraum lag die CDU jedoch bei vier Wahlen vor der SPD (1970, 1975, 2005, 2010). Von 1947 bis heute war die CDU zehn, die SPD sieben Mal stärkste Kraft. Strukturell dominant ist die SPD vor allem in den 1980er- und 1990er-Jahren, das beste Ergebnis erzielte die SPD 1985 (52,1 Prozent).

Mit 6,4 Prozent erreichen die Grünen das Niveau der Wahl 2005 (6,2 Prozent), als sie das ebenfalls aus der Regierung ausschieden (2010 erreichten sie dann jedoch mit 12,1 Prozent das beste Ergebnis der Landesgeschichte). Im Vergleich zur Wahl 2012 verlieren sie 5,0 Prozentpunkte. Die FDP hingegen legt an Zweitstimmen zu. Mit 12,6 Prozent (+4,0) erreicht sie ihr historisch bestes Ergebnis. Sie ist mit Abstand dritte Kraft im Landtag. Im bundesweiten Vergleich der aktuellen Landtagswahlergebnisse erreichen die Grünen ein unter-, die FDP ein überdurchschnittliches Ergebnis.

Wie in den anderen Bundesländern scheitern die Piraten an der Sperrklausel, sie sind damit in keinem Landtag mehr vertreten. Die AfD zieht zum dreizehnten Mal in Folge in ein Landesparlament ein, bleibt aber mit 7,4 Prozent deutlich unter den Vorjahresergebnissen. Die Linke scheitert mit 4,9 Prozent trotz Zugewinn knapp an der Sperrklausel.

Wahlberechtigte, Wähler/innen, Stimmenverteilung

	Absolut			Prozent		
	2017	2012	Veränderung zu 2012	2017	2012	Veränderung zu 2012
Wahlberechtigte	13.164.832	13.262.049	-97.217			
Wählerinnen/Wähler	8.579.042	7.901.268	677.774	65,2%	59,6%	5,6
Erststimmen						
Gültige Erststimmen	8.455.931	7.780.610	675.321	98,6%	98,5%	0,1
Ungültige Erststimmen	123.111	120.658	2.453	1,4%	1,5%	-0,1
<i>davon entfallen auf</i>						
CDU	3.242.495	2.545.309	697.186	38,3%	32,7%	5,6
SPD	2.919.613	3.290.561	-370.948	34,5%	42,3%	-7,8
Grüne	509.648	723.581	-213.933	6,0%	9,3%	-3,3
FDP	723.866	372.727	351.139	8,6%	4,8%	3,8
Piraten	118.896	617.926	-499.030	1,4%	7,9%	-6,5
Die Linke	414.496	201.637	212.859	4,9%	2,6%	2,3
AfD	460.450		460.450	5,4%		5,4
Sonstige (inkl. Einzelbewerber/innen)	66.467	28.869				
Zweitstimmen						
Gültige Zweitstimmen	8.487.373	7.793.995	693.378	98,9%	98,6%	0,3
Ungültige Zweitstimmen	91.669	107.273	-15.604	1,1%	1,4%	-0,3
<i>davon entfallen auf</i>						
CDU	2.797.084	2.050.321	746.763	33,0%	26,3%	6,6
SPD	2.649.513	3.049.983	-400.470	31,2%	39,1%	-7,9
Grüne	539.059	884.298	-345.239	6,4%	11,3%	-5,0
FDP	1.065.209	670.082	395.127	12,6%	8,6%	4,0
Piraten	80.939	609.176	-528.237	1,0%	7,8%	-6,9
Die Linke	415.808	194.428	221.380	4,9%	2,5%	2,4
AfD	624.552		624.552	7,4%		7,4
Sonstige	315.209	335.707	-20.498			

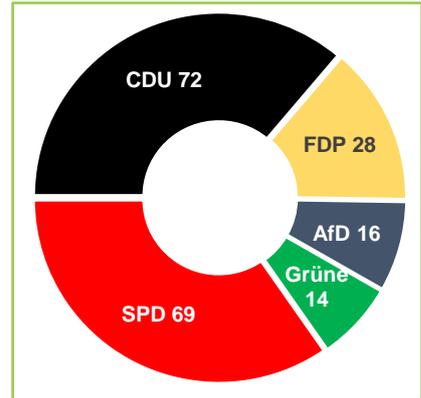
Quelle: Landeswahlleiter NRW (vorläufiges Ergebnis).

2.3 Parlamentarische Mehrheiten & Koalitionsperspektiven

Der neue Landtag ist trotz Überhang- und Ausgleichsmandaten mit 199 Sitzen deutlich kleiner als zuvor (-38). Wie bisher sind fünf Parteien im Landtag vertreten. Stärkste Fraktion ist die CDU (72 Sitze; +5), gefolgt von SPD (69 Sitze; -30) und FDP (28 Sitze; +6). Die AfD erringt 16 Sitze (bisher nicht im Landtag), die Grünen verfügen künftig über 14 Sitze (-15). Die Piraten sind künftig nicht mehr im Landtag vertreten, die Linke verpasst – dieses Mal denkbar knapp – den Einzug ins Parlament erneut.

Die bisherige rot-grüne Regierungskoalition verliert ihre Mehrheit. Da im Wahlkampf verschiedene Dreierkoalitionen ausgeschlossen wurden (u.a. von der FDP die Ampel, d.h. SPD/FDP/Grüne), ist neben einer großen Koalition eine knappe schwarz-gelbe Regierungsmehrheit gegeben. Dieses Koalitionsmodell finden 46 Prozent, eine CDU-geführte große Koalition 40 Prozent der nordrhein-westfälischen Bevölkerung „gut für das Land“ (ARD/infratest dimap). Da nach der Wahl von der SPD eine große Koalition ausgeschlossen wurde, ist nun eine Regierungsbildung von CDU und FDP im Gespräch.

Sitzverteilung



Quelle: Landeswahlleiter NRW.

3 Wahlverhalten

3.1 Wahlmotive und wahlentscheidende Themen

Die Entscheidung für oder gegen eine Partei basiert auf komplexen individuellen Abwägungen.² Zunächst einmal ist zu unterscheiden, ob eine Partei aus Überzeugung (für ebendiese Partei) oder aus Enttäuschung (mit Blick auf die anderen Parteien) gewählt wird. Eine Wahl aus Überzeugung kann positiv verstanden werden, wohingegen eine Wahl aus Enttäuschung auf Protestwahlverhalten hindeutet. Im aktuellen Fall wurden die etablierten Parteien mehrheitlich aus Überzeugung gewählt – sie konnten also mit ihren Personen und/oder Inhalten sowie auf Grund langanhaltender Parteibindung Stimmen gewinnen. Besonders überzeugt von der jeweils gewählten Partei sind die Wähler/innen von CDU, Grünen und SPD, rund 70 Prozent sind hier von ihrer jeweiligen Partei überzeugt. Die FDP hat mit 38 Prozent „Enttäuschungswähler/innen“ schon einen vergleichsweise großen Anteil möglicher Protestwähler/innen, deutlich stärker ist dieser dann bei Linke und vor allem AfD. Der Wahlerfolg der AfD basiert vor allem auf Wähler/innen, die von den anderen – etablierten – Parteien enttäuscht sind, nur 32 Prozent wählen die AfD aus Überzeugung.

Motive der Wahlentscheidung I: Überzeugung vs. Enttäuschung

	Gesamt	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Überzeugung	63	71	68	58	69	50	32
Enttäuschung	30	22	23	37	23	42	63

Angaben in Prozent; Frage: Haben Sie Ihre Partei gewählt, weil Sie von ihr überzeugt sind, von anderen enttäuscht sind?
Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

Für Parteien stellt sich die Frage, ob sie vorrangig auf Grund ihrer (Spitzen-)Kandidaten, aus inhaltlichen Gründen oder aus individueller Tradition (Parteibindung) gewählt werden. In der NRW-Wahl zeigt sich, gerade auch im Vergleich zur Vorwahl, eine geringe Bedeutung der Spitzenkandidat/innen. Nicht einmal jede/r fünfte Wähler/in entschied sich aus personellen Gründen für eine Partei. Die einzige Ausnahme bildet die SPD, deren Wähler/innen zu 27 Prozent wegen der Spitzenkandidatin Kraft für die Partei votierten. Dazu passt, dass Kraft einerseits vor der Wahl im direkten Vergleich zu Laschet durchaus höher in der allgemeinen Politikerzufriedenheit abschneidet, andererseits ihre Strahlkraft aber deutlich verloren hat (allg. Regierungsunzufriedenheit und geringe Bedeutung für die Wahlentscheidung).

Adressiert man die zentralen Wahlmotive der verbliebenen Grünen-Wähler/innen, dann spielen Sachfragen (61 Prozent) und Parteibindung (26 Prozent) eine gewichtige Rolle. Die starke Zunahme der Grünen-Wähler/innen, die auf Grund ihrer Parteibindung die Grünen wählen (+6 Prozentpunkte), hängt direkt mit dem Wahlergebnis zusammen: Der Anteil der Stammwählerschaft fällt bei dieser Wahl höher aus, weil es der Partei kaum gelungen ist, Wechselwähler/innen zu gewinnen. Es ist also die von der Partei nach wie vor überzeugte Kernklientel der Grünen, die der Partei den Wiedereinzug in den Landtag gesichert hat.

² Datenbasis für die Analyse zum Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen, zu Wahlmotiven und zum Entscheidungszeitpunkt ist eine Exit Poll von infratest dimap in 197 repräsentativ ausgewählten Wahllokalen bzw. Stimmbezirken in Schleswig-Holstein. Am 7. Mai wurden dort von insgesamt 30.211 Wählern Informationen zu deren Stimmverhalten, Alter und Geschlecht aufgenommen, von 4.659 Wählern darüber hinaus weitergehende sozialstrukturelle und inhaltliche Merkmale erhoben. Um Amts- und Briefwähler berücksichtigen und Aussagen über die Wählergesamtheit treffen zu können, sind die Wählerdaten der Exit Poll nach dem amtlichen Endergebnis gewichtet. Im Ergebnis ergibt sich ein repräsentatives Bild für die Gesamtwählerschaft wie die Wählerschaften der einzelnen Parteien. Weitere Angaben wurden den Länder-Trend-Analysen von infratest dimap entnommen, die unter www.infratest-dimap.de abrufbar sind.

Motive der Wahlentscheidung II: Entscheidungsgrund und Themensalienzen

	Gesamt	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Wahl wegen...							
Spitzenkandidat/in	19 -8	19 -2	27 -13	21 -10	10 -5	6 -4	6
Sachfragen	55 7	52 11	40 1	61 11	61 -5	79 6	78
Parteibindung	21 -2	25 -9	27 5	13 -3	26 6	8 -6	5
Wahlthemen							
Wirtschaft / Arbeit	40	50	38	50	20	29	25
Soziale Gerechtigkeit	46	29	66	30	48	79	38
Schule / Bildung	31	34	30	39	28	30	14
Flüchtlinge	16	12	9	13	15	13	61
Umwelt / Energie	13	7	12	7	63	14	4
Innere Sicherheit	21	30	13	25	6	7	37
Verkehr / Infrastruktur	8	9	6	11	7	4	6
Haushalt / Finanzen	11	16	8	13	4	6	7

Angaben in Prozent; Grün: Differenz zu 2012 in Prozentpunkten; Fragen: Was war für die Wahl Ihrer Partei am wichtigsten? Welche der folgenden Themen war für Ihre Wahlentscheidung am wichtigsten?
Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

Bei allen Parteien sind Sachfragen der häufigste primäre Grund der Wahlentscheidung, wobei sich die Relevanz ebenso wie die konkreten Themen deutlich unterscheiden. Ursächlich dafür sind unterschiedliche Kompetenzzuschreibungen („Issue-Ownership“) sowie verschieden gelagerte Themenpräferenzen in der Wählerschaft. Für die CDU-Wahl waren vor allem und überdurchschnittlich die Themen Wirtschaft/Arbeit, Schule/Bildung und Innere Sicherheit von Bedeutung, was – wie nachfolgend gezeigt wird – durchaus zu den im Wahlkampf gesetzten Themen passt. Für die SPD waren – neben der herausragenden Rolle der Spitzenkandidatin – thematisch die Felder Soziale Gerechtigkeit, Wirtschaft/Arbeit und Schule/Bildung von Bedeutung. Die FDP konnte vor allem über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik mobilisieren, die Linke mit dem Thema soziale Gerechtigkeit. Für die AfD ist einmal mehr das Thema Flüchtlinge von größter Bedeutung. Für die Grünen ist traditionell das Feld Umwelt- und Energiepolitik zentral, sowohl mit Blick auf die hohe Kompetenzzuschreibung wie auch auf die hohe Bedeutung für die Wahlentscheidung seitens der Grünen-Wähler/innen.

Betrachtet man konkretere Einzelaspekte, dann zeigen sich die im Wahlkampf stark diskutierten Politikfelder. Von herausragender Bedeutung ist die Schul- und Bildungspolitik. Für 89 Prozent ist die Frage, „wie es in unseren Schulen aussieht“, von großer Bedeutung für die Wahlentscheidung (infratest dimap), und 41 Prozent halten dies für eines der wichtigsten Probleme des Landes (Forschungsgruppe Wahlen; 2012: 31 Prozent). Damit steht ein landespolitisches Thema klar im Fokus, wobei Aspekte wie Inklusion, der bauliche Zustand der Infrastruktur und G8/G9 diskutiert wurden. Der Landesregierung wurde gerade in diesem Feld seitens der Wähler/innen wenig Vertrauen entgegengebracht. 70 Prozent der Bevölkerung ist zum Wahlzeitpunkt mit der Schul- und Bildungspolitik der Landesregierung unzufrieden. Besonders negativ wird dabei die Schulministerin bewertet, mit ihrer Arbeit sind 53 Prozent unzufrieden. Sie konnte hier nicht an vorherige Erfolge anknüpfen („Schulfrieden“). Es ist ihr nicht gelungen, ihre politische Arbeit zu vermitteln, im Gegenteil – sie hat im Vergleich zu ihrer ersten Amtszeit klar an Zustimmung verloren (zufrieden 2017: 21 Prozent; 2012: 38 Prozent; infratest dimap). Die Gründe dafür sind vielschichtig, die elektorale Konsequenz ist jedoch deutlich. Den Grünen ist es nicht gelungen, in diesem landespolitisch wichtigen Feld zu überzeugen, nur vier Prozent schreiben den Grünen hier eine Themenkompetenz zu (2012: 13 Prozent; infratest dimap). Die Strategie der Opposition, dieses Themenfeld im Wahlkampf kritisch zu thematisieren, hat damit elektoral verfangen.

Die hohe Unzufriedenheit mit der rot-grünen Landesregierung hat noch weitere, gleichermaßen bedeutsame thematische Gründe. Zu nennen sind hier vor allem die Bereiche Alltagskriminalität und Verkehrspolitik. Mit der Verkehrspolitik, insbesondere mit dem Zustand von Straßen, Brücken und Schienen, sind im dicht besiedelten NRW 77 Prozent unzufrieden. Damit wird die Arbeit der Landesregierung in diesem Feld noch schlechter bewertet als die Bildungspolitik, wobei die elektorale Relevanz geringer ausfällt, es ist nur für 66 Prozent ein (sehr) wichtiges Thema für die Wahlentscheidung (infratest dimap).

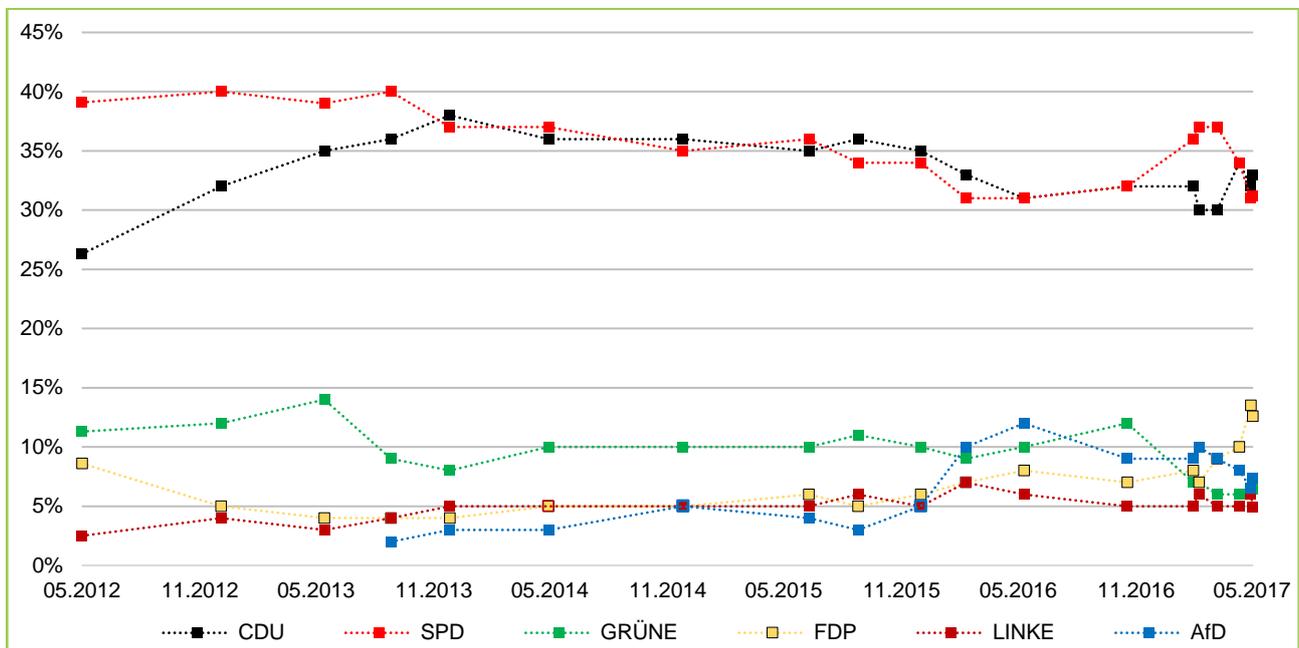
Das dritte, im Wahlkampf höchst bedeutsame Thema ist die innere Sicherheit. 83 Prozent schätzen die Gewährleistung der Sicherheit durch die Polizei als wahlentscheidendes Thema ein, wobei insbesondere Wohnungseinbrüche als Problem angesehen werden (infratest dimap). Hier zeigt sich erneut die erfolgreiche Themensetzung der Opposition im Wahlkampf, was vor allem auch mit der schon länger bestehenden Kritik an SPD-Innenminister Ralf Jäger zusammenhängt. Bemerkenswert ist, dass Kriminalität dabei zwar als für den Wahlkampf wichtig erachtet wird, aber nicht als eines der zentralen Probleme für das Land gehalten wird – nur 15 Prozent sehen Kriminalität als wichtiges Problem, wohingegen Themen wie Schul- und Bildungspolitik sowie Flüchtlinge/Integration³ als deutlich wichtiger erachtet werden (Forschungsgruppe Wahlen). Somit kann festgehalten werden, dass die Opposition mit ihrer Wahlkampfstrategie richtiglag. Der Fokus auf landespolitische Themen (Bildung, Polizei, Verkehr) und die Thematisierung kritischer Punkte hat erfolgreich dazu beigetragen, die schon zuvor geringe Regierungszufriedenheit weiter zu hinterfragen. Im Ergebnis waren bei der Wahl 2017 nur 45 Prozent der Bevölkerung mit der Regierungsarbeit zufrieden, 53 Prozent jedoch unzufrieden (2012: 53 zufrieden, 46 unzufrieden; infratest dimap). Auf dieser Grundlage war es den beiden Regierungsparteien nicht mehr möglich, eine Mehrheit für die Fortführung der Regierungsarbeit zu erringen.

Die aufgezeigten Werte machen deutlich, dass die Landtagswahl NRW – trotz der häufig gebrauchten Formulierung – gerade keine „kleine Bundestagswahl“ darstellt. Weder die parteienwettbewerbliche Situation noch die wahlentscheidenden Themen sind unmittelbar auf den Bund übertragbar. Gleichwohl ist die bundespolitische Bedeutung NRWs nicht zu unterschätzen, da in NRW rund 13,1 der insgesamt 61,5 Millionen Wahlberechtigten (Bundestagswahl 2017) leben. Allerdings ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur ein geringer Teil der Wählerschaft bereits entschieden – tatsächlich nimmt der Anteil derer, die sich erst kurzfristig entscheiden, weiter zu.

3.2 Zeitpunkt der Wahlentscheidung

Die Entwicklung des Wahlergebnisses in NRW ist sowohl länger- als auch kurzfristigen Entwicklungen geschuldet. Die Entwicklung im langfristigen Verlauf zeigt, dass die Dominanz der SPD schon länger abgeschmolzen ist, so dass sich CDU und SPD längere Zeit ein Kopf-an-Kopf-Rennen lieferten.

Wahlergebnisse NRW 2012/2017 und Sonntagsfrage NRW im Zeitverlauf



Quelle: Sonntagsfrage NRW infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen sowie amtliche Wahlergebnisse.

Der Erfolg der CDU an der Wahlurne ist dann jedoch das Ergebnis eines dramatischen Schluss spurts. Dieser war möglich, weil sich viele Wähler/innen erst sehr kurzfristig entscheiden und im Falle eines erfolgreichen

³ In diesem Politikfeld fällt die Bewertung der Landesregierung besser aus. 41 Prozent sind mit der Arbeit der Regierung zufrieden (unzufrieden: 53 Prozent), 60 Prozent befürchten nicht, dass das Land durch Flüchtlinge unsicherer wird und 65 Prozent sehen Flüchtlinge als Bereicherung für das Land (infratest dimap).

Wahlkampfes mobilisiert bzw. gewonnen werden können. In NRW hat sich rund ein Drittel der Wähler/innen erst unmittelbar vor der Wahl entschieden – dies eröffnet entsprechende Spielräume.

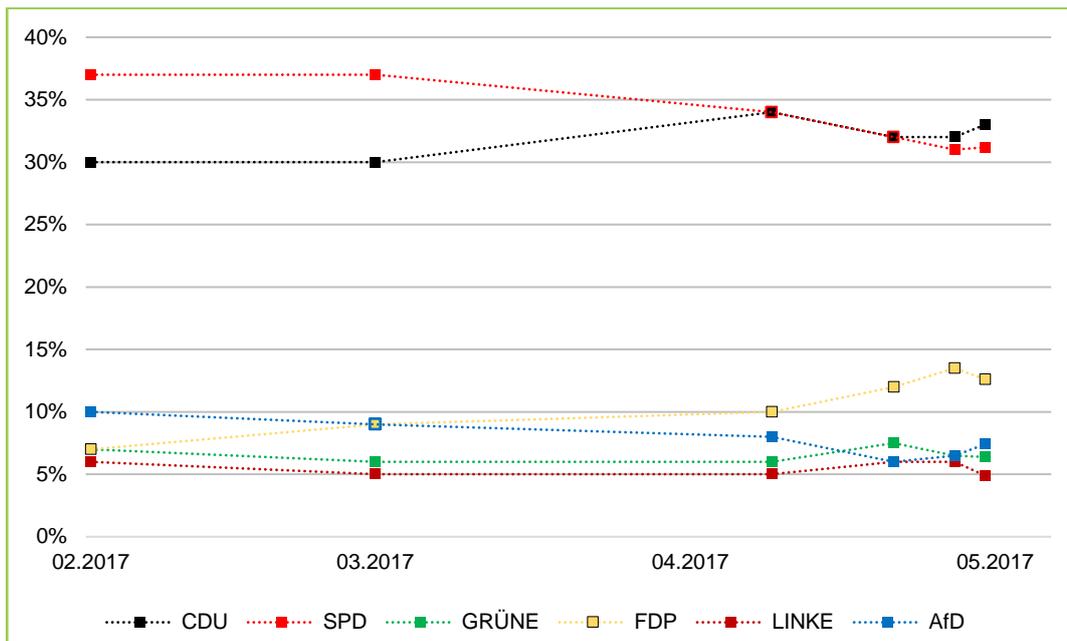
Zeitpunkt der Wahlentscheidung

	Gesamt	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
am Wahltag	15	12	17	14	18	14	12
letzte Tage	18	15	17	23	24	22	11
letzte Wochen	21	20	17	32	21	25	20
vor längerer Zeit	32	35	30	25	25	32	53
wähle immer gleich	13	16	16	6	11	6	2

Angaben in Prozent; Quelle: ARD/infratest dimap Exit Poll.

Mit dieser Kurzfristigkeit geht im aktuellen Fall eine hohe Dynamik einher, so dass der Wahlausgang bis kurz vor der Wahl tatsächlich offen war. Erst in den letzten Wochen vor dem Urnengang wurde die Wahl entschieden, wie die Entwicklung der Umfragewerte 2017 verdeutlichen. Dahinter liegen verschiedene Entwicklungen wie etwa die sinkende Beliebtheit Krafts als Ministerpräsidentin. Während Mitte März noch 57 Prozent Kraft und nur 22 Prozent Laschet direkt zur Ministerpräsidentin gewählt hätten, lag das Verhältnis am 11. Mai bereits bei 49 zu 38 (infratest dimap). Es ist ihrem Herausforderer gelungen, seine Akzeptanz in der Bevölkerung deutlich zu verbessern, was letztlich für den Wahlsieg mitentscheidend war.

Sonntagsfrage NRW 2017 im Zeitverlauf



Quelle: Sonntagsfrage NRW infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen sowie amtliches Wahlergebnis 2017.

3.3 Stimmensplitting

Das nordrhein-westfälische Wahlsystem ermöglicht, vergleichbar der Bundestagswahl, eine unterschiedliche Stimmabgabe der Erst- und Zweitstimme. Dieses Stimmensplitting kann im Sinne des strategischen Wahlverhaltens als Ausdruck von Koalitionspräferenzen verstanden werden. Dabei ist gerade bei kleinen Parteien, die in der Regel keine Chance auf den Gewinn eines Direktmandats haben, von einem Stimmensplitting zu Gunsten einer Großpartei auszugehen, damit das Wahlkreismandat an die programmatisch nächstliegende Großpartei geht (selbst wenn im Ergebnis nur die Zweitstimmen über die parlamentarischen Machtverhältnisse bestimmen). Erwartungsgemäß machen CDU- und SPD-Wähler/innen kaum von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch. Dies gilt auch überwiegend für die Wähler/innen der AfD, was mit Blick auf deren Wahlmotivation nicht überrascht – die AfD ist damit auch in diesem Punkt klar von den etablierten Parteien

abgegrenzt, wenngleich immerhin 11 Prozent der AfD-Wähler/innen ihre Erststimme dem CDU- bzw. 8 Prozent dem SPD-Wahlvorschlag gaben. Die Grünen- und FDP-Wähler/innen nutzen die Möglichkeit des Stimmensplittings traditionell stärker. Betrachtet man diejenigen, die mit ihrer Zweitstimme die Grünen wählen, so ist festzustellen: 51 Prozent wählten mit der Erststimme ebenfalls Grün, 35 Prozent SPD und 9 Prozent CDU. Ganz ähnlich stellt sich das Bild bei denen dar, die mit ihrer Zweitstimme FDP wählen: Hier wählen 48 Prozent mit beiden Stimmen FDP, 38 Prozent mit Erststimme CDU und 10 Prozent SPD. Das Splittingverhalten entspricht damit in der Regel dem tradierten Lagermuster.

3.4 Wählerwanderung⁴

Insgesamt nahmen 8.579.042 der 13.164.832 nordrhein-westfälischen Wahlberechtigten an der Landtagswahl teil, 677.774 Wähler/innen mehr als 2012. Das Wählerwanderungsmodell von infratest dimap zeigt, dass die CDU in der Gesamtbilanz am stärksten von der Mobilisierung vormaliger Nichtwähler/innen profitiert (+430.000), mit weitem Abstand gefolgt von der SPD (+170.000) und AfD (+120.000). Auch FDP und Linke tragen zur Mobilisierung vormaliger Nichtwähler/innen bei (FDP +90.000, Linke +40.000). Die Grünen mobilisieren zwar ebenfalls 80.000 vormalige Nichtwähler/innen, verlieren aber zugleich rund 110.000 an dieses Lager, so dass die Gesamtbilanz leicht negativ ausfällt (-30.000). Insgesamt geht die Mobilisierung von Nichtwähler/innen klar zu Gunsten der etablierten Parteien.

Herauszustellen ist, dass zwischen fast allen Parteien starke Wanderungsbewegungen zu verzeichnen sind. Zwischen CDU und SPD sind quantitativ die größten Ströme auszumachen, insgesamt gewinnt die CDU 310.000 Wähler/innen von der SPD. Dies zeigt, dass für viele Wähler/innen bei dieser Wahl die Unterschiede zwischen beiden Parteien gering waren und ein Parteiwechsel vergleichsweise leicht möglich war. Die SPD verliert zudem stark an die FDP (-160.000), gewinnt aber zugleich von den Grünen (+110.000). Die Grünen geben darüber hinaus auch Stimmen an CDU und FDP ab (gemeinsam -120.000), wohingegen der Verlust an die Linke moderat ausfällt (-60.000). Die FDP profitiert vom Wechselwahlverhalten zwischen den Parteien (+270.000), die Zugewinne aus anderen Gruppen (Nichtwähler/innen, Erstwähler/innen etc.) sind geringer (+110.000). Die Linke gewinnt gleichermaßen von SPD und Grünen (je +60.000), und bei der AfD tragen 460.000 Parteiwechsler sowie 180.000 weitere aus anderen Gruppen zum Wahlergebnis bei (Details im Anhang).

⁴ Methodischer Hinweis: Das Wanderungsmodell von infratest dimap bildet den Umfang von Wanderungsströmen ab. Das Modell berücksichtigt Befragungsergebnisse zur aktuellen und früheren Wahlentscheidung und schätzt Wähler-Wanderungsströme zwischen den Parteien bzw. „Haltequoten“ für die identische Partei-Wahl. Ferner nimmt es Änderungen in der Wählerzusammensetzung infolge aktueller und früherer Nichtwahl sowie aufgrund von Generations- und Ortswechselln (Erstwähler versus verstorbene Wähler bzw. Zuzug versus Wegzug) auf. Für jede Partei wird ein „Stromkonto“ berechnet, mit Gewinnen und Verlusten bezüglich des Austauschs zwischen den Parteien, dem Wechselspiel zwischen Wahlteilnahme und Wahlenthaltung und dem Generations- bzw. Ortswechsel. Die Einzelströme werden gerundet, sodass sich in den Randsummen Differenzen zum amtlichen Ergebnis ergeben können. Die Annahmen über Größenordnung und Wahlverhalten der ausgewiesenen Gruppen beruhen auf repräsentativen Wahl- und Bevölkerungsstatistiken, Vorwahl- und Wahltagsbefragungen sowie dem amtlichen Wahlergebnis.

3.5 Bevölkerungsgruppen im Vergleich

Die CDU legt in allen Bevölkerungsgruppen zu, die stärksten Zugewinne erzielt sie in der Altersgruppe 45-59 Jahre (+10 Prozentpunkte). Ihre Kernwählerschaft ist weiterhin die Gruppe 60+, zudem schneidet sie bei den höher Gebildeten, Beamten und Selbstständigen überdurchschnittlich, bei Jüngeren, Arbeitslosen, Arbeitern und wirtschaftlich unzufriedenen Wähler/innen unterdurchschnittlich ab.

Der Erfolg der CDU geht zu Lasten der SPD, die durchweg an Zustimmung verliert. Besonders ausgeprägt sind die Verluste bei Rentnern und Beamten, vergleichsweise gut schneidet sie hingegen bei niedrig Gebildeten, Arbeitern sowie Arbeitslosen ab (nur bei letztgenannten verzeichnet sie leichte Zugewinne).

Die FDP gewinnt in allen Gruppen und bleibt nur bei Arbeitern, Arbeitslosen sowie wirtschaftlich Unzufriedenen einstellig. Überdurchschnittlich ist die FDP bei den Selbstständigen, sie reüssiert aber auch in der Gruppe der 18-24jährigen Wähler/innen sowie bei den formal hoch Gebildeten.

Die Grünen werden überdurchschnittlich in der Gruppe der 18-24jährigen gewählt, hier erzielen sie ein zweistelliges Ergebnis. Weiterhin unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielen die NRW-Grünen in der Gruppe 60+. Die Kernklientel stellen weiterhin (jüngere) Frauen sowie höher Gebildete, Beamte und Selbstständige dar.

Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen

	CDU		SPD		FDP		Grüne		Linke		AfD
Alter											
18-24 Jahre	23	5	26	-2	14	8	11	-6	7	4	6
25-34	25	4	26	-3	13	5	8	-6	8	4	10
35-44	30	7	27	-8	13	4	8	-7	5	3	9
45-59	31	10	32	-10	12	4	8	-6	5	2	9
60+	41	6	35	-9	12	3	3	-3	3	2	5
Frauen											
Gesamt	34	7	32	-8	12	4	7	-5	4	2	5
18-24 Jahre	24	6	27	-3	11	6	14	-7	7	4	5
25-34	26	6	29	-3	11	3	9	-8	7	3	7
35-44	31	8	28	-9	12	5	10	-7	5	2	7
45-59	31	10	33	-10	11	4	9	-6	5	3	7
60+	42	5	35	-9	13	4	3	-3	2	1	3
Männer											
Gesamt	33	7	30	-8	13	4	5	-5	5	2	9
18-24 Jahre	22	4	25	-1	18	10	8	-5	8	4	7
25-34	24	3	23	-3	15	7	6	-4	8	5	11
35-44	30	6	26	-6	15	4	7	-7	5	3	11
45-59	32	10	31	-10	13	4	6	-6	5	1	10
60+	40	8	35	-10	12	2	3	-3	4	2	6
Beruf/Tätigkeit											
Arbeiter	23	1	34	-8	8	3	4	-4	8	2	17
Angestellte	30	7	31	-8	12	4	8	-6	5	3	8
Beamte	37	10	29	-10	11	3	9	-7	5	3	6
Selbstständige	36	10	19	-3	21	2	10	-4	4	2	6
Rentner	42	8	34	-12	14	5	2	-3	3	2	4
Arbeitslose	19	4	39	4	8	3	6	-5	10	1	12
Bildung											
Hoch	32	10	27	-6	14	2	10	-8	6	3	6
Mittel	34	5	32	-7	11	4	4	-5	5	2	9
Niedrig	34	4	41	-9	11	6	2	-3	3	1	7
Eigene wirtschaftliche Lage											
Zufriedene	35		31		13		7		4		6
Unzufriedene	22		34		8		5		9		14

Angaben in Prozent; Grün: Differenz zu 2012 in Prozentpunkten; Quelle: ARD/InfraTest dimap Exit Poll.

4 Anhang: Wählerwanderung

Wählerwanderung CDU

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
SPD	380.000	70.000	310.000
GRÜNE	100.000	10.000	90.000
FDP	140.000	190.000	-50.000
LINKE	10.000	10.000	0
AfD	0	50.000	-50.000
Andere	80.000	10.000	70.000
Parteien (Summe)	710.000	340.000	370.000
Nichtwähler/innen	500.000	70.000	430.000
Erstwähler/Verstorbene	110.000	200.000	-90.000
Zu-/Fortgezogene	110.000	60.000	50.000
Weitere Gruppen (Summe)	720.000	330.000	390.000
Wählerströme insgesamt	1.430.000	670.000	760.000
Wählerstamm	1.380.000	1.380.000	
Wähler 2017 und 2012	2.810.000	2.050.000	760.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung FDP

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
SPD	180.000	20.000	160.000
CDU	190.000	140.000	50.000
GRÜNE	40.000	10.000	30.000
LINKE	0	10.000	-10.000
AfD	0	30.000	-30.000
Andere	70.000	0	70.000
Parteien (Summe)	480.000	210.000	270.000
Nichtwähler/innen	120.000	30.000	90.000
Erstwähler/Verstorbene	70.000	60.000	10.000
Zu-/Fortgezogene	30.000	20.000	10.000
Weitere Gruppen (Summe)	220.000	110.000	110.000
Wählerströme insgesamt	700.000	320.000	380.000
Wählerstamm	350.000	350.000	
Wähler 2017 und 2012	1.050.000	670.000	380.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung SPD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
CDU	70.000	380.000	-310.000
GRÜNE	180.000	70.000	110.000
FDP	20.000	180.000	-160.000
LINKE	20.000	80.000	-60.000
AfD	0	60.000	-60.000
Andere	90.000	40.000	50.000
Parteien (Summe)	380.000	810.000	-430.000
Nichtwähler/innen	360.000	190.000	170.000
Erstwähler/Verstorbene	130.000	270.000	-140.000
Zu-/Fortgezogene	100.000	100.000	0
Weitere Gruppen (Summe)	590.000	560.000	30.000
Wählerströme insgesamt	970.000	1.370.000	-400.000
Wählerstamm	1.680.000	1.680.000	
Wähler 2017 und 2012	2.650.000	3.050.000	-400.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung Grüne

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
SPD	70.000	180.000	-110.000
CDU	10.000	100.000	-90.000
FDP	10.000	40.000	-30.000
LINKE	0	60.000	-60.000
AfD	0	10.000	-10.000
Andere	30.000	30.000	0
Parteien (Summe)	120.000	420.000	-300.000
Nichtwähler/innen	80.000	110.000	-30.000
Erstwähler/Verstorbene	50.000	40.000	10.000
Zu-/Fortgezogene	30.000	40.000	-10.000
Weitere Gruppen (Summe)	160.000	190.000	-30.000
Wählerströme insgesamt	280.000	610.000	-330.000
Wählerstamm	260.000	260.000	
Wähler 2017 und 2012	540.000	870.000	-330.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung Linke

	Zustrom	Abstrom	Saldo
<i>Austausch mit ...</i>			
SPD	80.000	20.000	60.000
CDU	10.000	10.000	0
GRÜNE	60.000	0	60.000
FDP	10.000	0	10.000
AfD	0	10.000	-10.000
Andere	50.000	10.000	40.000
Parteien (Summe)	210.000	50.000	160.000
Nichtwähler/innen	50.000	10.000	40.000
Erstwähler/Verstorbene	40.000	10.000	30.000
Zu-/Fortgezogene	20.000	10.000	10.000
Weitere Gruppen (Summe)	110.000	30.000	80.000
Wählerströme insgesamt	320.000	80.000	240.000
Wählerstamm	100.000	100.000	
Wähler 2017 und 2012	420.000	180.000	240.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.

Wählerwanderung AFD

	Zustrom
<i>Austausch mit ...</i>	
SPD	60.000
CDU	50.000
GRÜNE	10.000
FDP	30.000
LINKE	10.000
Andere	300.000
Parteien (Summe)	460.000
Nichtwähler/innen	120.000
Erstwähler/Verstorbene	20.000
Zu-/Fortgezogene	30.000
Weitere Gruppen (Summe)	170.000
Wählerströme insgesamt	630.000
Wählerstamm	
Wähler 2017 und 2012	630.000

Quelle: ARD/infratest dimap Wahlberichterstattung.